

Antje Röder, Steffen Kailitz, Tobias Genswein, Sheryn Rindermann, Julia Schulze Wessel, Gert Pickel, Oliver Decker und Lea Hohenberger

Methodische Herausforderungen quantitativer Befragungen von Geflüchteten am Beispiel einer Vorstudie in Sachsen

Zusammenfassung

Bei der quantitativen Erforschung von Geflüchteten gibt es einige Herausforderungen, die über die üblichen methodischen und praktischen Anforderungen empirischer Forschung hinausgehen. In diesem Beitrag werden auf der Grundlage der Erfahrungen der Vorstudie *Flucht und Integration (FLIN)* des Netzwerks *Integrations-, Fremdenfeindlichkeits- und Rechtsextremismusforschung in Sachsen (IFRiS)* Hürden bei der Befragung von Geflüchteten aufgezeigt und mögliche Strategien zum Umgang mit diesen Schwierigkeiten in standardisierten Umfragen diskutiert. Erörtert werden Probleme des Zugangs zur Zielgruppe und damit verbundene Fragen der Repräsentativität sowie sprachliche und kulturelle Besonderheiten, die bei der Entwicklung und Durchführung einer Umfrage mit Geflüchteten bedacht werden sollten.

Schlagworte: methodische Herausforderungen, Geflüchtete, Befragungen, Umfrageforschung, cross-cultural-research

Methodological Challenges of Quantitative Surveys with Refugees: Insights from a Pre-test in Saxony

Abstract

In quantitative research with refugees, there are several additional challenges which go beyond the typical methodological and practical issues involved in empirical research. In this contribution these challenges are discussed based on the experiences from the pretest *Flucht und Integration* conducted by the network *Integrations-, Fremdenfeindlichkeits- und Rechtsextremismusforschung in Sachsen (IFRiS)*, and potential strategies for dealing with these difficulties in standardised surveys are considered. The focus is on problems in accessing the target

population and related issues of representativity, as well as linguistic and cultural specificities, that need to be reflected on developing and conducting surveys amongst refugees.

Keywords: methodological challenges, refugees, survey, survey research, cross-cultural-research

1. Einleitung

Die 2015 sprunghaft gestiegene Zahl an Asylsuchenden in Deutschland und Europa hat, trotz der aktuell wieder sinkenden Zahlen, neu und drängender als zuvor Fragen der Aufnahme und Integration von Geflüchteten in die öffentliche Diskussion gebracht (u.a. Luft 2016). Besonders wenige Erkenntnisse liegen zu Einstellungen und persönlichen Einschätzungen von Geflüchteten vor. Ein Grund könnte sein, dass Forschung zu Geflüchteten einige Herausforderungen bereithält, die über die üblichen methodischen und praktischen Probleme empirischer Umfrageforschung hinausgehen (Pickel/Pickel 2018). Gleichzeitig fordern Politik und Gesellschaft belastbare und repräsentative Daten zu Geflüchteten. Inzwischen haben sich bereits einige Umfragen unter Geflüchteten den methodischen Herausforderungen gestellt (Bendel 2016; Brücker et al. 2016; Deger et al. 2017; Freytag 2016; Perabo et al. 2015; Worbs et al. 2016), und es gibt eine wachsende Anzahl an Forschungsbeiträgen über spezifische methodische Probleme und Lösungsmöglichkeiten im Feld der Befragung von Geflüchteten (Bloch 2007; Haug et al. 2017; Mangold 2017; Schweitzer/Steel 2008; Voutira/Doná 2007). Diese reihen sich in Beiträge der Migrationsforschung zu methodischen Problemen bei der Befragung von Migranten und Migrantinnen ein (u.a. El-Menouar 2014; Martin et al. 2016; Stadler 2009), da viele Parallelen in Bezug auf kulturelle und sprachliche Aspekte bestehen.

Der folgende Beitrag konzentriert sich in seiner Problemanalyse auf die Schwierigkeiten der quantitativen Umfrageforschung in diesem Bereich. Zentrale Fragestellung ist: Welche Probleme bestehen in standardisierten Befragungen von Geflüchteten? Die darin geäußerten Überlegungen reflektieren Erfahrungen aus der Studie *Flucht und Integration* (FLIN), einer von November 2016 bis Januar 2017 in Sachsen vom Netzwerk *Integrations-, Fremdenfeindlichkeits- und Rechts-extremismusforschung in Sachsen* (IFRiS) durchgeföhrten Fragebogenerhebung unter Geflüchteten. FLIN war als Vorstudie für eine spätere größere Befragung konzipiert, um das methodische Vorgehen im Allgemeinen und den Fragebogen im Besonderen – vor allem in Bezug auf Fragen zu sensiblen politischen und

gesellschaftlichen Themen – zu prüfen. Konkret wurde bei FLIN erfragt, mit welchen Erwartungen Geflüchtete nach Deutschland kommen, wie sie die Gesellschaft des Ziellandes sehen und welche Wertvorstellungen sie mit den Angehörigen der Ankunftsgesellschaft teilen. Hierzu wurden überwiegend in Gemeinschaftsunterkünften in Chemnitz, Dresden und Leipzig 61 Geflüchtete befragt (zur Auswahl der Befragten siehe Kapitel 3).¹ Als Erhebungsinstrument diente ein standardisierter Papierfragebogen in arabischer und persischer Sprache. Bei Fragen und Schwierigkeiten mit dem Fragebogen standen den Befragten geschulte Interviewende mit Arabisch- und Persischkenntnissen zur Verfügung.

Konkret wurde nach Sprachkenntnissen, der Situation im Heimatland, Einschätzung der Situation sowie Erfahrungen in Deutschland, politischen Einstellungen, Religionszugehörigkeit sowie Wertvorstellungen gefragt.² Im Anschluss an den Pretest wurden die Interviewenden selbst noch einmal von einer Mitarbeiterin des Projektes befragt. In einem schriftlichen Erfahrungsbericht konnten die Interviewenden außerdem nach den Besuchen in den Gemeinschaftsunterkünften die Teilnahmemotivation der Befragten, Befragungsatmosphäre und besondere Vorkommnisse während der Befragung schildern und Passagen in den Fragebögen auflisten, die aus ihrer Sicht zu Schwierigkeiten führten. Das entstandene Datenmaterial besteht aus systematisierten Beobachtungen der Projektbeteiligten zum Erhebungsverlauf sowie Protokollen der Interviewenden zu den Rahmenbedingungen und zum Verlauf der Befragungen.

Der Fokus dieses Beitrags liegt auf einer Diskussion der Themenkomplexe des Fragebogens, die sich in der Feldphase für die Befragten als besonders problematisch erwiesen. Gleichzeitig werden die spezifischen Probleme bei der Umsetzung der Befragung unter Geflüchteten angesprochen. Vorab gesagt: Sie reichen von der Definition der Zielpopulation, dem Zugang zu dieser Population, der Übersetzung des Fragebogens bis zu Besonderheiten während der eigentlichen Befragung. Im Beitrag wird gezeigt, wie basierend auf der Literatur zu Methoden der empirischen Sozialforschung und unter Berücksichtigung der spezifischen Rahmenbedingungen von Geflüchteten in der vorliegenden Studie vorgegangen wurde und welche Herausforderungen sich bei ihrer Umsetzung ergaben. Das erweiterte Ziel des Beitrages ist es einerseits Strategien vorzustellen, mit denen aufgedeckte Probleme minimiert werden können. Hier sind insbesondere die Abstimmung mit Behörden im Feldzugang zu nennen, aber auch die Einbindung von sprachlich und kulturell versierten Personen in den Gesamtprozess der Erhe-

1 Für erste Ergebnisse siehe Decker et al. (2017).

2 Für Details siehe Decker et al. (2017).

bung, Durchführung und Auswertung des Materials. Andererseits sollen auch die Grenzen aufgezeigt werden, die es für diese besondere Befragungsgruppe in Bezug auf das Erreichen einer repräsentativen Stichprobenauswahl sowie der Vermeidung von Effekten der sozialen Erwünschtheit gibt. Fazit wird ein Plädoyer für eine grundsätzlich vorsichtige Interpretation der in dieser sowie auch anderen ähnlichen Studien zu Geflüchteten entstandenen Ergebnisse sein.

2. Definition der Zielpopulation

Bei Geflüchteten handelt es sich um eine ausgesprochen heterogene Gruppe. Je nach Forschungsfrage muss eine Eingrenzung vorgenommen werden, die sowohl theoretische als auch pragmatische Aspekte berücksichtigt. Bei FLIN stand die Frage der Integration von Geflüchteten im Mittelpunkt, sodass insbesondere Gruppen befragt werden sollten, die eine relativ hohe Chance auf Gewährung von Asyl oder subsidiären Schutz besitzen. Die gezielte Einschränkung erschien theoretisch sinnvoll, ließ es gleichzeitig aber auch zu, die Sprachversionen der Umfrage auf ein handhabbares Maß zu reduzieren. Diese Eingrenzung findet sich auch in anderen Studien, die teils nur Geflüchtete aus einem Herkunftsland einbeziehen (z.B. Perabo 2015) oder eine Reihe von Sprachversionen des Fragebogens anbieten (Deger et al. 2017; Freytag 2016). Der Einsatz von mehreren Sprachversionen basiert auf der Erkenntnis, dass selbst bei Migrant*innen, die schon länger im Land leben, es ohne Fragebogen in der Muttersprache zu Problemen in Bezug auf das Verständnis der Fragen – und damit zu Verzerrungen bei den Ergebnissen – kommen kann (El-Menouar 2014: 792). Das Erhebungsinstrument wurde daher aufgrund der Zielgruppe und der Verteilung der Geflüchteten nach Sprachkenntnissen auf das Arabische und das Persische festgelegt. Da im Jahr 2016 67,8 Prozent aller Erstantragsteller aus Syrien, Afghanistan und Irak stammten (BAMF 2017) und von den Geflüchteten in Sachsen, die 2016 ein Asylantrag stellten, insgesamt 42,7 Prozent aus diesen Ländern kamen (Landesdirektion Sachsen 2017), boten sich diese beiden Sprachen an.³

Eine weitere Eingrenzung der Zielpopulation fand mit der Wahl des Zugangs zu möglichen Teilnehmer*innen statt. Da keine zuverlässigen Daten zur Verfügung standen, die es erlaubt hätten, auch dezentral untergebrachte Personen zu erreichen, sollten Geflüchtete befragt werden, die in Gemeinschaftsunterkünften lebten. Auch sollte mit diesem Vorgehen geprüft werden, ob im Rahmen einer

3 Aus Ressourcengründen konnte für Afghanistan nur Persisch (Dari) und nicht auch die Amtssprache Paschto angeboten werden. Dies wäre in zukünftigen Studien eine wichtige Erweiterung.

zukünftigen, größer angelegten Befragung von Geflüchteten eine mehrstufige repräsentative Auswahl von Gemeinschaftsunterkünften aus der Liste aller Gemeinschaftsunterkünfte prinzipiell möglich wäre. Ansonsten werden bei Umfragen mit Geflüchteten häufig Schneeballverfahren oder Convenience Samples verwendet (Cohen/Arieli 2011). Diese Verfahren sind allerdings nicht repräsentativ. So führt zum Beispiel das Schneeballverfahren tendenziell zu einer verzerrten Auswahl, da vor allem diejenigen erreicht werden, die gut vernetzt sind. Durch eine Befragung, die nur in Gemeinschaftsunterkünften durchgeführt wird, werden systematisch nur Personen adressiert, über deren Asylantrag in der Regel noch nicht entschieden ist. Dies bedeutet, dass diese Personen im Vergleich zu anerkannten Flüchtlingen sich noch in einer überdurchschnittlich unsicheren Situation befinden, was durchaus eine Auswirkung auf ihre (gefühlte) Integration besitzen kann. Aufgrund ihrer spezifischen Wohnsituation haben sie des Weiteren weniger Alltagskontakte zur einheimischen Bevölkerung. Diese Einschränkungen stellen eine systematische Verzerrung in der Erhebung dar, die zwingend für die Interpretation der Daten berücksichtigt werden muss. Um diesem Manko zu begegnen, wären vergleichende Studien mit anerkannten Flüchtlingen wünschenswert, um Unterschiede zwischen den beiden Flüchtlingsgruppen herausarbeiten und analysieren zu können.

Für zukünftige Studien muss also im Einzelfall abgewogen werden, welche Definition der Zielgruppe mit welchem Vorgehen am besten geeignet ist, die Ziele der Studie trotz der jeweiligen Einschränkungen beim Zugang am ehesten erreichen zu können. In der vorliegenden Studie war eine Beschränkung auf die Integration in einer frühen Phase gewünscht. Die Ergebnisse sollen Ausgangspunkt für darauf aufbauende zukünftige Untersuchungen sein, die Veränderungen und Variationen in der Erhebung in den Blick nehmen können, die hier noch ausgeklammert werden mussten. Jedoch war auch dieses Vorgehen, welches bereits diverse Einschränkungen aufgrund dieser Vorüberlegungen beinhaltete, noch mit Herausforderung im Zugang verbunden.

3. Zugang zur Zielpopulation

Für die Befragung wurden zunächst die unteren Unterbringungsbehörden der drei kreisfreien Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz sowie des Vogtlandkreises mit der Bitte kontaktiert, erstens den Zugang zu den Gemeinschaftsunterkünften in ihrem Verantwortungsbereich zu gewähren und zweitens den Kontakt zu der jeweils zuständigen Heimleitung herzustellen. Dabei wurde auch die Anonymität

der an der Erhebung teilnehmenden Personen zugesichert. Die Abstimmung mit den Unterbringungsbehörden war ein zeit- und personalintensiver Prozess. Er war von Seiten der Behörden von – teils großer – Skepsis geprägt. Nur aus Chemnitz ging unmittelbar ein positiver Bescheid ein. Die Unterbringungsbehörde in Leipzig willigte zuerst überhaupt nicht in eine Befragung in den Gemeinschaftsunterkünften ein. Diese Entscheidung wurde mit dem Schutz der Privatsphäre der Bewohner*innen begründet. In Dresden wurde zunächst nur die Erlaubnis erteilt, in den Gemeinschaftsunterkünften Aushänge anzubringen, um auf eine Befragung im Hannah-Arendt-Institut hinzuweisen. Schließlich wurde doch die Genehmigung für eine Befragung in einer Gemeinschaftsunterkunft erteilt. Die Abstimmung mit der Unterbringungsbehörde des Vogtlandkreises zog sich so lange hin, dass eine Befragung im zeitlichen Rahmen des Pretests nicht mehr durchführbar erschien.

Insgesamt erwies sich der Zugang zur Zielgruppe durch die Langwierigkeit der Abstimmungsprozesse mit den zuständigen Behörden als schwierig. Speziell die Abwägung zum Persönlichkeitsschutz erschwerte an dieser Stelle die Umsetzung der Studie, obwohl der Schutz der Befragten gegenüber den Behörden als sehr zentral dargestellt wurde. Es kann nur spekuliert werden, ob diese Zurückhaltung seitens der Ämter auch an der politisch aufgeladenen Situation in Sachsen im Befragungszeitraum lag. Zwar wurden andere Studien in Deutschland in Gemeinschaftsunterkünften durchgeführt, jedoch geht aus den entsprechenden Veröffentlichungen nicht hervor, ob der Zugang schwierig war oder ob aus pragmatischen Gründen nur Unterkünfte ausgewählt wurden, für die der Zugang sich einfach gestaltete (Deger et al. 2017; Freytag 2016; Haug et al. 2017; Perabo et al. 2015). Für entsprechende Studien empfiehlt sich, die jeweiligen Erhebungen mehrere Monate im Voraus zu planen und so früh wie möglich erste Kontakte zu Behörden und politischen Entscheidungsträgern aufzunehmen, um diese von der Notwendigkeit der jeweiligen Studie zu überzeugen und auf durchaus berechtigte Einwände zum Schutz der Privatsphäre einzugehen.

Aufgrund dieser Situation wurden zur Realisierung des Pretests auch weitere alternative Zugangswege getestet. In Leipzig wurde eine Befragung im soziokulturellen Zentrum ›Die Villa‹ durchgeführt. Die Einladung erfolgte über diverse Unterkünfte in Leipzig sowie mittels eines direkt vor Ort ausgehängten Informatiionsschreibens, um Laufpublikum (etwa aus den dort regelmäßig stattfindenden Deutsch-Sprachkursen) für die Befragung zu gewinnen. Die in der ›Villa‹ befragten Geflüchteten waren teilweise dezentral untergebracht. Über persönliche Netzwerke konnten außerdem vier weitere Personen für eine Befragung an der Universität Leipzig rekrutiert werden. Diese Formen des Zugangs zu den Geflüchteten,

die vom ursprünglichen Forschungsdesign der Befragung abwichen, erwiesen sich als erfolgreich, insbesondere wenn Befragte ein Incentive von zehn Euro als Aufwandsentschädigung erhielten. So konnten auf diesem Weg relativ zügig motivierte Teilnehmende für die Studie gewonnen werden. Als Problem erweist sich jedoch, dass auf diese Weise ebenso nur eine begrenzte Abbildung der Verteilung Geflüchteter und keine Repräsentativität erreicht werden kann.

Allerdings birgt auch der Zugang über die Gemeinschaftsunterkünfte in Bezug auf das Erreichen einer repräsentativen Stichprobe Probleme. Rein theoretisch könnte zwar mittels einer zweistufigen Vorgehensweise Repräsentativität erreicht werden, zumindest wenn die Zielgruppe von vornherein auf Personen in Gemeinschaftsunterkünften beschränkt wird: erstens eine nach Bewohnerzahl und Region stratifizierte Auswahl der Unterkünfte⁴ und zweitens innerhalb der Unterkünfte (im Idealfall) eine Zufallsauswahl der Bewohner*innen. Basierend auf den Erfahrungen beim Zugang zu den Unterkünften erscheint es aus unserer Sicht allerdings unwahrscheinlich, dass eine solche Strategie Erfolg verspricht, da aufgrund der angesprochenen Probleme, eine Genehmigung durch die zuständigen Ämter zu erreichen, nicht alle ausgewählten Unterkünfte für eine Teilnahme gewonnen werden können. Dies spiegelt sich auch in anderen aktuellen Studien wieder, die meist nur wenige Unterkünfte auswählten und sich dabei regional stark beschränkten (siehe z.B. Deger et al. 2017; Freytag 2016).

Auch innerhalb der Unterkünfte zeigten sich Einschränkungen in Bezug auf eine mögliche Zufallsauswahl. Zum einen sind verschiedene Personen und Personengruppen nicht immer anzutreffen, zum anderen variiert die Teilnahmebereitschaft recht stark. Bis dato ist uns auch keine Studie bekannt, die versucht hat, eine solche Zufallsauswahl innerhalb von Unterkünften durchzuführen. Stattdessen wird meist eine Vollerhebung angestrebt (Deger et al. 2017; Freytag 2016; Haug et al. 2017). Die dabei zu beobachtende unterschiedliche Teilnahmebereitschaft ist insofern ein Problem, als es sich hier nicht um eine zufällige Variation handelt, sondern eher zurückhaltende oder ängstliche Personen überdurchschnittlich häufig von einer Teilnahme Abstand nehmen. Basierend auf unseren Erfahrungen sowie den oben genannten Studien scheint es sich hierbei um ein systematisches Problem bei Erhebungen in Gemeinschaftsunterkünften zu handeln. Es besteht also ein schwer zu kontrollierender Bias in der Stichprobenzusammensetzung, welcher auch bei Nutzung von Daten aus anderen derzeit vorliegenden Befragungsdaten zu Geflüchteten bedacht werden muss. Für zukünftige Studien

4 Meist liegen keine detaillierten Angaben zur Bewohnerstruktur innerhalb der Unterkünfte vor, so dass hierauf nicht zurückgegriffen werden kann.

ergeben sich daraus verschiedene mögliche Konsequenzen: Zum einen, als quasi einfachste Erkenntnis, ist das Bias in den schriftlichen Ausführungen und Interpretationen transparent zu machen. Der Interpretationsradius der Ergebnisse von Befragungen geflüchteter Personen in Gemeinschaftsunterkünften darf nicht einfach auf »die Geflüchteten« insgesamt übertragen werden. Eine weitere Möglichkeit liegt im Einbezug von Geflüchteten mit einer längeren Aufenthaltsdauer in Deutschland und in dezentralen Unterkünften als Vergleichsgröße. Dies erfordert, das zeigt das Projekt, einen nochmals deutlich längeren Vorlauf und eine umfangreichere Rekrutierungsphase als die Befragung in Gemeinschaftsunterkünften. Die Problematik in Bezug auf die Stichprobe scheint dabei aktuell nur mit entsprechend aufwändigeren Verfahren, die zum Beispiel auf das Ausländerzentralsregister zurückgreifen (siehe Brücker et al. 2016) bearbeitbar zu sein. Helfen kann aber auch eine Zusammenarbeit mit entsprechenden Verbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch den Behörden.

4. Sprachliche und kulturelle Herausforderungen der Befragung von Geflüchteten

Empirische Sozialforschung im fremdsprachigen Kontext geht mit spezifischen Herausforderungen einher (Braun 2006; Niedermayer 1997; Pickel 2009). Für die sorgfältige Übersetzung des Erhebungsinstrumentes in die ausgewählten Zielsprachen gibt es eine Reihe von Strategien und Standards, die aus der international vergleichenden Forschung stammen (Harkness 2003) und die in der Vorstudie berücksichtigt wurden. Von entscheidender Bedeutung ist die Herstellung der funktionalen Äquivalenz der Fragen in allen Sprachen und für alle Befragte. Ziel ist, dass die Fragen sowie die Antwortvorgaben für alle Befragten eine gleichwertige Bedeutung besitzen und vergleichbare Assoziationen auslösen (Pickel 2009: 307). Üblicherweise wird zwischen semantischer, konzeptioneller und normativer Äquivalenz unterschieden: Für Umfragen mit einer interkulturellen Ausrichtung reicht nicht, einfach die gleiche Begriffe zu verwenden (semantische Äquivalenz), sondern es muss auch konzeptionelle Äquivalenz gegeben sein (Pickel/Pickel 2018: 93–95). Dies bedeutet, ein Konzept muss in einer anderen Kultur und Sprache existieren und für die Befragten das Gleiche bedeuten. Normative Äquivalenz bezieht sich auf mögliche gesellschaftliche Unterschiede bei der Frageinterpretation (Schnell 2012: 188; auch Braun 2006). Begriffe müssen also zum einem formal korrekt, zum anderen dem Sprachgebrauch der Zielpopulation angepasst sein (El-Menouar 2014: 792), um so mögliche Verzerrungen aufgrund der Fragefor-

mulierung zu vermeiden. Gerade bei Themenbereichen, die von den Befragten als heikel empfunden werden können, ist bei der Übersetzung eine sorgfältige Abwägung von Äquivalenz und Adäquatheit vonnöten, also die Angemessenheit der Übersetzung für die gewünschte Kommunikationsabsicht (Enzenhofer/Resch 2011).

Die Erfahrungen von FLIN zeigen die Notwendigkeit einer frühzeitigen Einbindung von sowohl sprach- und übersetzungsgeschulten als auch von regional- und kultatkundigen Personen bereits in den Prozess der *Fragebogenerstellung*. Dies ist wichtig, um die verschiedenen kulturellen Hintergründe von Teilgruppen der Zielpopulation der Geflüchteten angemessen zu berücksichtigen. Ideal ist es, wenn die in dieser Phase einbezogenen kultatkundigen Personen über einen sozialwissenschaftlichen Hintergrund verfügen und bereits mit den Besonderheiten und Problemen von Frageformulierung in quantitativen Fragebögen vertraut sind. Um eine möglichst gute Übersetzbarkeit des FLIN-Erhebungsinstrumentes zu gewährleisten, wurde der Ausgangsfragebogen der Vorstudie in enger Rücksprache mit sprach- und übersetzungsgeschulten Mitarbeiter*innen erstellt, die über langjährige Erfahrungen in und Kenntnisse über Herkunftsregionen verfügen. Die Fragebogenerstellung ist dabei am besten im Team möglich. Für die Übersetzung des Erhebungsinstrumentes war ein Team verantwortlich, das aus Personen bestand, die Zielsprachen entweder als Muttersprache beherrschten oder im Studium (etwa der Arabistik) erlernt hatten. Gerade in Bezug auf schwierige, sensible sowie schwer übersetzbare Begriffe und Konzepte, wie zum Beispiel politische Einstellungen innerhalb des Fragebogens, war dies eine unabdingbare Voraussetzung. So konnten sich zum Beispiel viele Befragte auf der in der politischen Umfrageforschung verbreiteten Links-Rechts-Skala nicht einordnen. Dieses Problem wurde bereits bei der Übersetzung des Fragebogens diskutiert, dann aber beschlossen, die Frage zu Prüfzwecken beizubehalten. Die erwarteten Probleme bestätigten sich dann jedoch in der Vorstudie. So kam es während der Interviews immer wieder zu Nachfragen, die deutliche Verständnisprobleme dieses Instruments erkennen ließen. Teilweise war den Nachfragenden die Links-Rechts-Unterscheidung als solche unbekannt, teilweise war ihnen unklar, ob ein diffuses »europäisches« Links-Rechts-Verständnis der Bezugspunkt ihres Urteils sein sollte, welches sie nur begrenzt zuordnen konnten.

Auch in Bezug auf vorgegebene Antwortskalen zeigte sich, dass diese für Befragte nicht immer einfach verständlich waren, obwohl es sich um bewährte Standardskalen aus sozialwissenschaftlichen Umfragen handelte. Viele Interviewende beschrieben, dass sich ein Teil der Befragten mehrfach erkundigte, ob sie eine Antwortmöglichkeit ankreuzen sollen oder ob die von ihnen gegebene Ant-

wort ›richtig‹ sei. Die Nachfragen zur ›Richtigkeit‹ der Antworten bezogen sich in aller Regel weniger auf Fragen nach der Vorgabe einer inhaltlich ›richtigen‹ oder sozial erwünschten Antwort, sondern zeigten konkrete Probleme beim Verständnis der Antwortkategorien. Dies ist ein bekanntes Problem bei der Verwendung von verbalen und numerischen Skalen in der Forschung mit Personen, die wenig Erfahrung im Ausfüllen von Fragebögen haben (Aschauer 2009: 296). Probleme bereitete besonders die Skalierung von Antwortmöglichkeiten, z.B. von 1 (wenig) bis 10 (viel), die nur endpunktbenannt war. Kürzere und durchgängig benannte Skalen waren dagegen für die Teilnehmer*innen in der Beantwortung unproblematischer. Dies deutet darauf hin, dass für diese Zielpopulation kürzere Antwortskalen, als in der Umfrageforschung üblich, zu bevorzugen sind. Dies bestätigten auch die direkten Rückfragen an die Befragten. Darüber hinaus bietet es sich an, den Fragebogen so einheitlich wie möglich in den Antwortvorgaben zu gestalten und einen klaren und gut geordneten Ablauf des Frageprozesses durch begleitende Interviewende mit entsprechenden Sprachkenntnissen abzusichern.

Neben sprachlichen Aspekten ist ebenso zu bedenken, dass bei der Befragung Personen unterschiedlicher Herkunft und somit verschiedener sozialer wie kultureller Prägungen aufeinandertreffen (Martin et al. 2016: 40). Für einen respektvollen und damit vertrauensschaffenden Umgang mit Geflüchteten sind Kenntnisse »über die kulturellen Eigenheiten der Zielpopulation« (Martin et al. 2016: 39–40) notwendig (siehe auch Hugman et al. 2011; Martin et al. 2016: 21). Im Rahmen unserer Vorstudie konnten wir feststellen, dass der Einsatz von Interviewenden mit entsprechenden Sprachkenntnissen zur Begleitung der schriftlichen Befragung den Feldzugang erleichtert, Sprach- und kulturelle Verständnisprobleme bei den Befragten vermindert und eine Vertrauensbasis schafft. Allerdings zeigt die Erfahrung in anderen Studien, dass auch genau das Gegenteil der Fall sein kann, insbesondere wenn es innerhalb einer Sprachgruppe ethnische oder politische Spannungen gibt (z.B. Bloch 2007: 242). Daher muss jeder Einzelfall geprüft werden. Als besonders wichtig erwies es sich, bei der Zusammenstellung der Teams auf eine geschlechteräquivalente Beteiligung zu achten. So können verstärkt Frauen aus Ländern mit traditionellen Geschlechterrollen für die Teilnahme an der Befragung gewonnen werden, um der durchaus gegebenen Gefahr der Unterrepräsentation von Frauen aus diesen Gebieten, zu denen die Ausgangsgebiete der Geflüchteten teilweise zu zählen sind, in Befragungen entgegenzuwirken (Blohm/Diehl 2001: 226).

5. Befragungskontext und Antwortverhalten

Ein häufig genanntes Problem bei Umfragen mit Zugewanderten und insbesondere Geflüchteten ist ein im Vergleich zu anderen Umfragen deutlicher ausgeprägtes Misstrauen gegenüber den Interviewenden (Krause 2016: 8). Viele Geflüchtete stammen aus Herkunftsändern mit autoritären Regimen und/oder aus Ländern, in denen seit längerer Zeit Krieg herrscht. Man kann also davon ausgehen, dass Geflüchtete im Durchschnitt über wenig Erfahrungen mit quantitativen wissenschaftlichen Befragungen verfügen und daher Bedenken haben, persönliche Informationen zu teilen. Hierbei handelt es sich sicher um eine Generalisierung. Sie steht in ihrer Breitengültigkeit allerdings nicht im Widerspruch dazu, dass auch unter Geflüchteten Personen mit wissenschaftlichem Hintergrund sein können, die über Erfahrungen (auch im Durchführen) eigener Forschung verfügen.

Auf jeden Fall ist zu Beginn der Befragung und der Feldphase eine umfassende Aufklärung von Teilnehmenden über die Befragung, vor allem aber über die Freiwilligkeit der Teilnahme, wichtig. Diese Aufklärung ist nicht nur eine Notwendigkeit, da alle Befragten ein Recht darauf haben zu erfahren, wie ihre Daten genutzt werden⁵, sondern sie ist auch eine Hilfe, um eine Vertrauensbeziehung zu den Befragten aufzubauen. Dies ist gerade in einer sozialen Gruppe mit möglicherweise traumatischen Erfahrungen von besonderem Belang. Spezifisch relevant für die Zielgruppe ist, dass die Teilnehmenden verstehen, dass die Interviewergebnisse von den Entscheidungen im Asylverfahren vollständig unabhängig sind. Es muss vermieden werden, dass im Zuge der Befragung Hoffnungen und Ängste hinsichtlich des Asylverfahrens stimuliert werden könnten. Gerade Geflüchtete, deren Status noch ungeklärt ist, könnten Bedenken haben, dass die erhobenen Informationen Relevanz für ihren Asylantrag erlangen könnten – oder anderweitig in falsche Hände kommen. In der vorliegenden Studie zeigt sich, dass es am günstigsten ist, nur die nötigsten Hintergrundinformationen zu erheben und auf Details zu verzichten, die relevant für ein Asylverfahren sein könnten (z.B. die Stationen der Flucht), aber für das Forschungsinteresse nicht zentral sind.

Eine generelle Problematik in Befragungen ist, dass zum Teil Antworten gegeben werden, die die Befragten für die erwünschte Positionierung halten (soziale Erwünschtheit). Bei der Befragung von Geflüchteten könnte dies gerade bei Fra-

5 Gerade durch die im Mai 2018 in Kraft getretene Datenschutzgrundverordnung der EU sind diese in Deutschland bereits hohen Standards nochmals erhöht worden und sollten in zukünftigen Studien mit bedacht werden.

gen mit Relevanz für den rechtlichen Status der Fall sein, aber auch bei Fragen zu Einstellungen und Werten (Krebs 1991), die in dieser Studie zentral waren.

Interviewende berichteten von ihrem Eindruck, dass manche Teilnehmer*innen sich nicht trauten, den Fragebogen abzubrechen, obwohl er ihnen zu lang war. Die Freiwilligkeit der Studie wurde zwar immer wieder seitens der Interviewenden betont, aber es zeigte sich dennoch ein hoher Verpflichtungsgrad unter den Befragten, den Fragebogen auszufüllen. Trotz umfassender schriftlicher und mündlicher Information der Befragten berichteten einige Interviewende auch davon, dass die Befragten für sie erkennbar versuchten, die Fragen in einer Form zu beantworten, von der sie annahmen, dass sie positive Folgen für den Aufenthalt in Deutschland haben oder zumindest negative Folgen vermeiden könnten. Außerdem gaben Interviewende an, dass sie wiederholt darauf aufmerksam machen mussten, dass die Befragten wegen ihrer Angaben im Fragebogen keine Konsequenzen zu erwarten haben.

Aus den Reaktionen der Befragten im Rahmen des Pretests lassen sich allerdings keine eindeutigen Schlüsse darüber ziehen, ob und wenn ja, in welchem Maße die Befragten tatsächlich ihr Antwortverhalten in der einen oder anderen Weise den vermuteten Erwartungen der Zielgesellschaft anpassten. Jedoch decken sich diese Beobachtungen mit denen, die im Rahmen einer Befragung in Bayern gemacht wurden (Haug et al. 2017: 5). Entsprechend macht es Sinn, in Zukunft durch Variationen von Fragestellungen, kognitive Tests und auch Hintergrundgespräche mit den Betroffenen nach der Beantwortung den Sinngehalt wie auch die Verlässlichkeit des Antwortverhaltens zu prüfen und zu kontrollieren. Möglicherweise helfen auch »Anchoring Vignetten« (siehe King et al. 2004) in der Anpassung der Antworten, oder man muss, um Fehlinterpretationen zu vermeiden, auf die entsprechenden Fragen verzichten. Ansonsten läuft man Gefahr, dass es sich bei den Ergebnissen vor allem um Artefakte handelt. Zudem besteht das Risiko, dass besonders unangenehme Fragen zum Abbruch des Interviews führen. In der Tat stellt sich die Frage nach sozialen Erwünschtheitseffekten, wenn man die Ergebnisse der FLIN-Studie sowie anderer aktueller Studien hinsichtlich Demokratie oder Geschlechtergleichheit betrachtet: Die Antworten fallen in der Gruppe der Geflüchteten teilweise sogar positiver aus als in der Mehrheitsbevölkerung, was dem Bild einer konservativeren Grundprägung des Gros der Geflüchteten fundamental widerspricht (siehe z.B. Decker 2017; Freytag 2016).

Eine wichtige Erkenntnis unserer Vorstudie war, dass Fragen zu politischen und religiösen Einstellungen von den Geflüchteten als besonders problematisch empfunden wurden. Diese Erkenntnis wird auch unterfüttert durch die hohe Anzahl fehlender Werte (Antworten) bei den entsprechenden Fragen. Sie gelten scheinbar

als besonders persönlich, unstatthaft, aber auch >riskant< im Sinne der schon aufgezeigten Einschätzungen der Wirkung des eigenen Antwortverhaltens auf die Bleibechancen. Zum Teil liegt die entsprechende Wahrnehmung auch an den räumlichen Bedingungen innerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte. Es ist nur schwer möglich, den Fragebogen komplett geschützt vor möglichen Einblicken anderer Bewohner*innen auszufüllen. Diese Beobachtung deckt sich mit den Erfahrungen anderer Datenerhebungen in Gemeinschaftsunterkünften (Haug et al. 2017: 5). In zukünftigen Befragungen sollten entsprechend die Möglichkeiten bedacht werden, die solche Einflüsse und entsprechende soziale Erwünschtheitseffekte minimieren (z.B. getrennte Räume zur Befragung; Verlagern des Interviews an einen separierten Ort; Beschäftigung von Personen zur Gewährleistung einer geschützten Interviewsituation).

6. Fazit

Insgesamt unterstreichen die Erfahrungen aus FLIN, dass Befragungen von Geflüchteten einer größeren Zahl an Herausforderungen unterliegen als sie gewöhnlich für standardisierte Umfragen in Deutschland bestehen. Und bereits diese sind nicht wenige (Pickel/Pickel 2018: 62–74). Zwar wurden die aus der vorangegangenen Forschung bekannten Schwierigkeiten durch Anpassungen im Vorgehen bearbeitet. Jedoch waren diese, teilweise auch in anderen Projekten umgesetzten Maßnahmen nur begrenzt erfolgreich und neue Probleme stellten sich ein. Dies waren sowohl erhöhte Schwierigkeiten mit der sozialen Erwünschtheit, dem Feldzugang (unter Bedingungen einer polarisierten Migrationsdebatte) als auch in der sprachlichen Verständigung. Diese Probleme sind zwar nicht vollständig lösbar, aber zumindest minimierbar, wie sich auf der Grundlage des Pretests im FLIN-Projekt zeigt. Vor allem die Faktoren Zeit (deutlich frühere Sicherung eines ausgewogenen Feldzugangs) als auch Sprache treten zu den bekannten Umfrageproblemen hinzu und erfordern eine intensivere Beschäftigung. Ein erhöhtes Maß an Betreuung der Befragten und ein Vorrang von Face-to-face-Interviews sind zwingend.

Der Umgang mit den hier aufgezeigten methodischen Problemen muss auch bei der Rezeption anderer Studien über Geflüchtete berücksichtigt werden. Trotz der vielfältigen methodischen Herausforderungen ist es grundsätzlich möglich, Daten über die Einstellungen von Geflüchteten in hinreichender wissenschaftlicher Qualität zu erheben. Es bedeutet aber auch, aufmerksam zu sein hinsichtlich der steigenden Zahl an publizierten Umfragewerten bei Geflüchteten. Diese Ergebnisse

sind auf den Umgang mit diesen Problemen zu befragen. Diese insgesamt optimistische Folgerung ist umso wichtiger, da es uns zentral erscheint, Werte und Einstellungen sowie Wünsche und Ziele der Geflüchteten zu erkunden. Genau dieses Wissen ist für die Gestaltung einer erfolgreichen Integration unabdingbar. So ist es ein hohes Risiko, politische Entscheidungen und Integrationsmaßnahmen unter weitgehender Unkenntnis (oder Vorurteilen) über Einstellungen von Geflüchteten zu treffen. Gleichzeitig ist gerade in Hinblick auf die komplexen Herausforderungen bei Forschungsprojekten zu Geflüchteten nachdrücklich dafür zu plädieren, dass diese angemessen finanziell ausgestattet werden und ein ausreichender Zeitrahmen für die Vorbereitung und die Befragung garantiert wird, um die hohen methodischen Hürden nehmen zu können.

Literatur

- Aschauer, Wolfgang (2009), Besonderheiten und Problemlagen der quantitativen Befragung bei MigrantInnen, in: Weichbold, Martin/Bacher, Johann/Wolf, Christof (Hrsg.), *Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft 9: Umfrageforschung – Herausforderungen und Grenzen*, Wiesbaden, 293–315.
- BAMF, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017), *Schlüsselzahlen Asyl 2016*, Nürnberg.
- Bendel, Petra (Hrsg.) (2016), *Was Flüchtlinge brauchen – ein Win-Win-Projekt: Ergebnisse aus einer Befragung in Erlangen*, Erlangen.
- Bloch, Alice (2007), Methodological Challenges for National and Multi-sited Comparative Survey Research, *Journal of Refugee Studies*, 20 (2), 230–247.
- Blohm, Michael/Diehl, Claudia (2001), Wenn Migranten Migranten befragen. Zum Teilnahmeverhalten von Einwanderern bei Bevölkerungsbefragungen, *Zeitschrift für Soziologie*, 30 (3), 223–242.
- Braun, Michael (2006), *Funktionale Äquivalenz in der interkulturell vergleichenden Sozialforschung*, Mannheim.
- Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (2016), IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse, *IAB Forschungsbericht*, Nr. 14.
- Cohen, Nissim/Arieli, Tamar (2011), Field Research in Conflict Environments: Methodological Challenges and Snowball Sampling, *Journal of Peace Research*, 48 (4), 423–435.
- Decker, Oliver, et al. (2017), Flucht und Integration. Geflüchtete in Sachsen. *IFRiS Working Paper*, Nr. 2.

- Deger, Petra et al. (2017), *Integrationspotenziale: Ausgewählte Ergebnisse der Reallabor-Befragungen unter Geflüchteten*, Mannheim.
- El-Menouar, Yasemin (2014), Befragung von Migranten, in: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden, 787–797.
- Enzenhofer, Edith/Resch, Katharina (2011), Übersetzungsprozesse und deren Qualitätssicherung in der qualitativen Sozialforschung, *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum Qualitative Social Research*, 12 (2), Art. 10.
- Freytag, Ronald (2016), *Flüchtlinge 2016: Studie der HMKW zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen 2016*, Berlin.
- Harkness, Janet (2003), Questionnaire translation, in: Harkness, Janet/Vijver, Fons van de/Mohler, Peter (Hrsg.), *Cross-cultural Survey Methods*, Hoboken, 35–56.
- Haug, Sonja/Lochner, Susanne/Huber, Dominik (2017), Methodische Herausforderungen der quantitativen und qualitativen Datenerhebung bei Geflüchteten, in: Lessenich, Stephan (Hrsg.), *Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016*, Bamberg, publikationen.soziologie.de/index.php/kongressband_2016/article/view/402/pdf_107, 2.5.2018.
- Hugman, Richard/Pittaway, Eileen/Bartolomei, Linda (2011), When ›Do no harm‹ is not Enough: The Ethics of Research with Refugees and other Vulnerable Groups, *British Journal of Social Work*, 41 (7), 1271–1287.
- King, Gary, et al. (2004), Enhancing the Validity and Cross-cultural Comparability of Measurement in Survey Research, *American Political Science Review*, 98 (1), 191–207.
- Krause, Ulrike (2016), Ethische Überlegungen zur Feldforschung. Impulse für die Untersuchung konfliktbedingter Flucht, *CSS Working Papers*, Nr. 20.
- Krebs, Dagmar (1991), *Was ist sozial erwünscht? Der Grad sozialer Erwünschtheit von Einstellungseitems*, Mannheim.
- Landesdirektion Sachsen (2017), *Asylzahlen. Asylbegehrende nach Hauptherkunftsländern sowie monatliche Zugänge in den Jahren 2012 bis 2016*, https://www.lds.sachsen.de/asyl/?ID=9260&art_param=720&reduce=0&search=ld, 21.12.2017.
- Luft, Stefan (2016), *Die Flüchtlingskrise: Ursachen, Konflikte, Folgen*, München.

- Mangold, Ulrike (2017), Methodische Herausforderungen bei der qualitativen Befragung von Flüchtlingen und Migrant/-innen in Deutschland, in: Lesenich, Stephan (Hrsg.), *Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016*, http://publikationen.soziologie.de/index.php/kongressband_2016/article/view/534/pdf_52, 2.5.2018.
- Martin, Silke et al. (2016), Methodische Grundlagen der quantitativen Migrationsforschung, in: Maehler, Debora B./Brinkmann, Heinz Ulrich (Hrsg.), *Methoden der Migrationsforschung. Ein interdisziplinärer Forschungsleitfaden*, Wiesbaden, 17–59.
- Perabo, Elias/Haid, Haid/Giebler, Heiko (2015), *Fluchtgründe und Zukunftsperspektiven – Rückkehr nach Syrien? Erste umfangreiche Befragung von geflohenen SyrerInnen in Deutschland*, Berlin.
- Pickel, Gert (2009), Der Einbezug des Individuums in die Länderanalyse – Umfrageforschung und vergleichende Politikwissenschaft, in: Pickel, Susanne, et al. (Hrsg.), *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft: Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Wiesbaden, 297–315.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2018), *Empirische Politikforschung. Einführung in die Methoden der Politikwissenschaft*, Berlin.
- Schnell, Rainer (2012), *Survey-Interviews: Methoden standardisierter Befragungen*, Wiesbaden.
- Schweitzer, Robert/Steel, Zachary (2008), Researching Refugees: Methodological and Ethical Considerations, in: Liamputpong, Pranee (Hrsg.), *Doing Cross-cultural Research. Ethical and Methodological Perspectives*, Dordrecht, 87–101.
- Stadler, Bettina (2009), Die Befragung von MigrantInnen in Stichprobenerhebungen, in: Weichbold, Martin/Bacher, Johann/Wolf, Christof (Hrsg.), *Umfrageforschung: Herausforderungen und Grenzen*, Wiesbaden, 275–292.
- Voutira, Eftihia/Doná, Giorgia (2007), Refugee Research Methodologies: Consolidation and Transformation of the Field, *Journal of Refugee Studies*, 20 (2), 163–171.
- Worbs, Susanne/Bund, Eva/Böhm, Axel (2016), Asyl – und dann? Die Lebenssituation von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen in Deutschland. BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, *Forschungsbericht*, Nr. 28.

AutorInnen:

Antje Röder, Prof. Dr., Universität Marburg

Steffen Kailitz, PD Dr. und Tobias Genswein, M.A., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden

Sheryn Rindermann, M.A., Julia Schulze Wessel, PD Dr., Gert Pickel, Prof. Dr., Oliver Decker, PD Dr. und Lea Hohenberger, B.A., Universität Leipzig



Kinder vor dem Familiengericht
Praxishandbuch zum Schutz des Kindeswohls
unter rechtlichen, psychologischen und
pädagogischen Aspekten
Von Dr. Rainer Balloff
*3., vollständig überarbeitete und aktualisierte
Auflage 2018, 452 S., brosch., 58,- €*
ISBN 978-3-8487-3981-3
eISBN 978-3-8452-8321-0
nomos-shop.de/29383

Wenn Eltern sich trennen, ihnen wegen Misshandlung das Sorgerecht entzogen wird, das Sorge- oder Umgangsrecht geregelt wird oder wenn Kinder in Obhut genommen werden und in Pflegefamilien oder Heime kommen, stehen Kinder vor Familiengerichten. Das betrifft in Deutschland jährlich über 200.000 Kinder.

